DIE REAKTION DER MÄCHTE AUF DEN 15. MÄRZ 1939*

Von Martin Broszat

Auf einzelne Ereignisse und Zusammenhänge der Geschichte der Diplomatie im Jahre 1939 haben Darstellungen und Dokumentenpublikationen der jüngsten Zeit neues Licht geworfen¹. Dabei sind allerdings auch durch effektvolle Thesen oder gewaltsame Umdeutungen manche Irrlichter gesetzt worden². Bei alledem ist aber unbestritten geblieben, daß die Tage und Wochen nach Hitlers Einzug in Prag eine Zäsur in der europäischen Außenpolitik, ihre entscheidende Wende vor Beginn des Zweiten Weltkrieges bedeuten.

Nun könnte es allerdings schon ein Ansatz möglicher Fehlinterpretation sein, aus dem zeitlichen Nacheinander (15. März — 1. September 1939) auf eine Ursache — Folge — Beziehung zu schließen. Daß verschiedene historische Darstellungen, so auch die Walter Hofers, die eigentliche Vorgeschichte des Krieges mit Prag beginnen lassen, besagt keineswegs, daß mit der Zäsur des 15. März eine gerade Linie der diplomatisch-politischen Aktivität oder gar eine Zwangsläufigkeit begann, die sozusagen „folgerichtig“ zum Kriege hinführte. Das Merkmal der Reaktionen und Folgen, die der

* Vortrag, der anlässlich einer Tagung des Collegium Carolinum in Ansbach am 20. November 1965 gehalten wurde.

¹ Erwähnt seien u. a. Taylor, A. J. P.: *The origins of the second world war*. London 1961. — Gilbert, Martin / Gott, Richard: *The Appeasers*. Cambridge 1963. — Als bemerkenswerte Regionalstudien: Hoensch, Jörg K.: *Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation*. Köln/Graz 1965. — Plieg, Ernst-Albrecht: *Das Memelland 1920—1939*. Würzburg 1962. Von neueren Dokumentenveröffentlichungen verdient vor allem die ungarische Serie *Diplomáciai Iratok Magyarországnak Külpolitikájához 1936—1945* [Diplomatische Dokumente zur Außenpolitik Ungarns 1936—1945] Beachtung. Hrsg. vom Geschichtswissenschaftlichen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Budapest 1962 ff.), von denen in unserem Zusammenhang vor allem Bd. 4 (Die Außenpolitik Ungarns im Zeitraum des Ausbruchs des 2. Weltkrieges 1939—1940. Budapest 1962) von Wichtigkeit ist. Die ausführlichen Regesten in deutscher Sprache erlauben auch dem des Magyarischen Unkundigen eine sehr informative Benutzung. Hinzuweisen ist außerdem auf weitere ungarische Dokumentenveröffentlichungen, die auch in englischer bzw. deutscher Sprache erschienen: *The Secret Papers of Admiral Horthy*. Budapest 1965. — *Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik 1939—1944*. Budapest 1966.

² Das gilt, wie bekannt, von dem nichtsdestoweniger durch seine Betrachtungsweisen und Thesen anregenden Buch von A. J. P. Taylor (vgl. Anm. 1); in weit höherem Maße aber für die polemischen, voreingenommenen und vielfach grob verfälschenden beiden Darstellungen von Hoggan, David L.: *Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des zweiten Weltkrieges*. Tübingen 1961, und: *Frankreichs Widerstand gegen den zweiten Weltkrieg. Die französische Außenpolitik 1934—1944*. Tübingen 1963.

15. März 1939 auslöste, bestand weniger darin, daß sie eine neue Ereigniskette eingeleitet oder gar festgelegt hätten, als darin, daß sie die vorangegangene Periode der Außenpolitik abschlossen, eine Grenze setzten, jenseits deren die Entwicklung durchaus offen war, hinter die man jedoch nicht mehr zurück konnte.

Diese Überlegungen implizieren eine bestimmte Auffassung und Begrenzung des hier zu behandelnden Themas. Es geht dabei weniger um einen Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, als vielmehr um eine Erörterung des Charakters und der Motive der unmittelbar nach dem 15. März eintretenden Reaktion und außenpolitischen Lageveränderung. Wir wollen deshalb auch den Gang der Dinge nicht weiter verfolgen als bis zur britischen Polengarantie vom 31. März 1939, die das entscheidende Ergebnis der durch Hitlers Einmarsch in Prag bewirkten außenpolitischen Kursänderung der Westmächte gewesen ist.

Um freilich diese *Reaktion* verständlich machen zu können, ist es unvermeidlich, die vorausgegangene *Aktion* zu skizzieren, wenigstens insoweit, als sie in die Zeit zwischen München und Prag fällt; denn Prag ist von München nicht zu trennen. Hitlers Schlag gegen die Rest-Tschechoslowakei stellte, in jeweils verschiedenem Sinne, eine *Folge* von München, *Revision* von München, schließlich *Bruch* mit München dar.

Wenige Tage nachdem Chamberlain in London als Friedensbringer gefeiert worden war³, stellte Churchill am 5. Oktober im Unterhaus eine düstere Prognose: „Ich wage die Voraussage, daß sich der tschechoslowakische Staat fortan nicht als selbständiges Gemeinwesen wird erhalten können. Ich glaube, daß Sie sehen werden, daß die Tschechoslowakei, im Laufe einer Periode, die vielleicht nach Jahren, vielleicht aber nur nach Monaten bemessen ist, von dem Naziregime verschlungen sein wird.“

Und Churchill sah noch weitere Folgen: „Jetzt müssen wir darauf gefaßt sein, daß alle Staaten Mittel- und Osteuropas unter den bestmöglichen Bedingungen, die sie erzielen können, zu einem Einverständnis mit der triumphierenden Nazimacht kommen werden. Das System der zentraleuropäischen Bündnisse, auf das sich Frankreich für seine Sicherheit stützt, ist hinweggefegt, und ich sehe nicht, wie es wieder aufgebaut werden könnte. Die Straße, das Donautal hinab bis zum Schwarzen Meer, die Straße, die bis in die Türkei führt, ist geöffnet worden. Ich glaube, daß alle diese mitteleuropäischen und Donaustaaten faktisch, wenn nicht sogar formell, einer nach dem anderen in dieses große System der Machtpolitik hineingezogen werden dürften, die von Berlin ausstrahlt, und all dies kann, wie ich glaube, ganz glatt und schnell erzielt werden, ohne daß es zum Abfeuern eines einzigen Schusses kommen müßte⁴.“

Diese Prophezeiungen waren nicht aus der Luft gegriffen: Nach München

³ Vgl. dazu Mokken, R. J.: The TIMES and Munich. Gazette. International Journal of the Science of the Press 4 (1958) 145 ff.

⁴ Churchill, Winston: Reden 1938—1940. Zürich 1946, S. 78 und S. 81 ff.

arbeitete in Ostmitteleuropa die Zeit schnell für Hitler. Die Indizien freiwilliger, durch die Lage veranlaßter und durch deutsche Nachhilfe beschleunigter Anpassung an die deutsche Hegemonialmacht häuften sich. Auch die Anzeichen dafür, daß Berlin die neue Machtposition für weiteren Einfluß- und Terraingewinn im Osten rasch zu nutzen suchte, wenn auch vielleicht noch unsicher darüber, wo die Hauptrichtung liegen sollte. Versuchen wir aus dem Geflecht der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn nach München wenigstens diejenigen Fäden herauszugreifen, die auch zur Beurteilung der Reaktion auf Prag von besonderer Bedeutung sind.

Zu denjenigen Nachbarn des Reiches, deren Beziehungen zu Berlin infolge des Problems einer deutschen Minderheit kritisch waren und die sich durch das Schicksal Benešs gewarnt sahen, gehörte u. a. Litauen. Bald nach München suchte die Regierung in Kowno den mächtigen deutschen Nachbarn im Westen dadurch günstig zu stimmen, daß sie am 1. November 1938 den seit 1934 bestehenden Ausnahmezustand im Memelgebiet aufhob. Damit gestattete die litauische Regierung, daß im Memelgebiet binnen kurzem nationalsozialistische Organisationen, deren Führer in kontinuierlichem Kontakt mit Berlin standen, die Öffentlichkeit und — nach der Neuwahl des Memeler Landtages am 11. Dezember — auch die autonome Volksvertretung und Verwaltung unter ihre Kontrolle und Herrschaft brachten. Wie gleichzeitig in Danzig durch die dort von nationalsozialistischer Senatsmehrheit, Partei, SA und SS forcierte Gleichschaltung wurden damit die inneren Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Reichsregierung, sobald es ihr nur außenpolitisch geraten schien, jederzeit auf den Knopf drücken konnte, um eine Proklamation des Anschlusses an das Reich, einen Hilferuf an das Reich u. ä. als Voraussetzung einer deutschen Intervention und Annexion zu erwirken⁵. Das Ausmaß der innenpolitischen Gleichschaltung im Winter 1938/39 veranschaulicht die Tatsache, daß aus beiden autonomen Gebieten noch vor Prag Juden und politische Gegner des Nationalsozialismus in großer Zahl abwanderten. Hitler hatte es zwar durchaus in der Hand, die Stimmung und Erwartung, die in Danzig und Memel vor allem auch von seiten der Partei erregt und geschaffen worden war, für einige Zeit auf Eis zu legen, wenn das aus außenpolitischen Gründen notwendig schien, es hieß aber die Natur seiner Entschlußbildung und die Abhängigkeit des plebiszitären Führers von der immer wieder neuen Bestätigung seines Erfolges verkennen, wenn man nicht berücksichtigte, daß derartig intensive, auf Anschluß an das Reich gerichtete Stimmungen, wie sie nach München im Memelgebiet und Danzig entstanden und entfacht wurden, doch auch für Hitler eine gewisse Verbind-

⁵ Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (künftig zit. als ADAP). Serie D, Bd. V. Zur Entwicklung im Memelgebiet außer der unter Anm. 1 genannten Schrift von E. A. Plieg auch mein Beitrag: Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus. Vjh. f. Zeitgesch. 3 (1957). Zur gleichzeitigen Entwicklung in Danzig auch: Leonhardt, H. L.: The Nazi Conquest of Danzig. Chicago 1942 und Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission. München 1960.

lichkeit darstellten, jedenfalls dann, wenn er sich deutlich für eine Lösung dieser Fragen ausgesprochen hatte, mithin auch sein Prestige nach innen auf dem Spiel stand.

Das Vorgehen im Hinblick auf einen Anschluß des Memelgebietes an das Deutsche Reich war zwischen dem Führer der Memeldeutschen Nationalsozialisten Ernst Neumann und Reichsaußenminister v. Ribbentrop schon Anfang Dezember 1938 verabredet worden. Hitler ließ dem Führer der Memeldeutschen aber einschärfen, daß die Durchführung wohl vor allem mit Rücksicht auf Polen und anderweitige Pläne, und weil es sich hier für Hitler — wie übrigens auch für die Westmächte — um eine sekundäre Frage handelte, auf einen späteren Zeitpunkt im Frühjahr 1939 vertagt werden müsse⁶. Erst am Tage des deutschen Einmarsches in Prag gab Neumann in Memel das Stichwort, und die Dinge kamen ins Rollen.

Eine weitere, nach München zutage tretende deutsche Interessenrichtung galt der Karpato-Ukraine. Am Widerstand Berlins scheiterten im Oktober/November 1938 die von Polen stark unterstützten, durch ungarische und polnische Freischärler und Agenten geschürten⁷ Bestrebungen zur Angliederung der Karpato-Ukraine an Ungarn. Der nach dem Scheitern direkter tschechoslowakisch-ungarischer Verhandlungen zustandgekommene Wiener Schiedsspruch der Achsenmächte vom 2. November 1938 führte nur zur Abtretung eines Gebietsstreifens der Südslowakei (mit Kaschau) an Ungarn und blieb hinter den Erwartungen Budapests erheblich zurück. Die mangelnde deutsche Unterstützung der ungarischen Wünsche ging z. T. auf die Verärgerung Hitlers über das — wie er meinte — zu vorsichtige Taktieren der Ungarn in den Tagen vor München zurück, das es ihm — wie er später erklärte — unmöglich gemacht habe, in Godesberg Chamberlain gegenüber unnachgiebig zu bleiben und schon damals die Zerschlagung der gesamten Tschechoslowakei durchzusetzen. Nachdem die Resttschechoslowakei unter ihrer neuen, dem Reiche willfährigen Regierung deutschem politischen Einfluß und wirtschaftlicher Nutzung weit offenstand, hatte das Reich außerdem kein sonderliches Interesse daran, das tschechoslowakische Restgebiet auf Kosten Ungarns stärker als nötig zu verkleinern. Hitlers und Ribbentrops Sympathien galten in der ungarisch-tschechoslowakischen Grenzfrage jetzt eher den Slowaken, die mit ihrer nach München gebildeten autonomen Landesregierung in Preßburg unter Leitung der rechtsgerichteten Hlinka-Volkspartei die Gewähr einer auch ideologisch engen Zusammenarbeit boten.

⁶ ADAP, Serie D, Bd. V, Nr. 370.

⁷ Zur diesbezüglichen ungar.-poln. Aktivität im Oktober 1938 reichhaltiges Material in: *Diplomáciai Iratok Magyarországnak Külpolitikájához 1936—1945* [künftig zit. als DIMK], Bd. 2 (Das Zustandekommen des Münchener Abkommens und die Außenpolitik Ungarns 1936—1938. Budapest 1965), insbes. Dok. Nr. 536, 552, 558, 560, 564, 575, 576, 588, 601, 608. — Ferner: ADAP, Serie D, Bd. IV/V und Macartney, C. A.: *October Fifteenth. A history of modern Hungary. 1929—1945.* 2 Bde. Edinburgh 1956/57.

Im Falle der Karpato-Ukraine kamen aber noch andere, sehr maßgebliche Erwägungen hinzu. Polen und Ungarn ging es hier vor allem um die Herstellung einer gemeinsamen Grenze, die zwischen beiden traditionell befreundeten Staaten die gegenseitige Unterstützung erleichtern und — entsprechend der Konzeption des polnischen Außenministers Beck — den Zusammenhalt und die Unabhängigkeit der ostmitteleuropäischen Staatenzone gegenüber Deutschland verstärken würde. Eben dieses der weiteren Ausdehnung des deutschen Machteinflusses entgegengesetzte Bestreben wurde in Berlin durchaus erkannt. Man wußte überdies, daß die Karpato-Ukraine als potentielles Piemont einer nationalukrainischen Unabhängigkeitsbewegung für Polen wie die Sowjetunion einen besonders empfindlichen Punkt darstellte. Schon Ende Oktober erfuhr man in Warschau von lebhafter, vor allem durch den deutschen militärischen Geheimdienst geförderter ukrainischer Propagandatätigkeit in der Karpato-Ukraine⁸. Später, im November und Dezember, wurde berichtet, daß sich ukrainische Emigrantenpolitiker aus Deutschland in der Ukraine ansammelten und offene antipolnische Agitation betrieben. Zur gleichen Zeit wandten sich deutsche Wirtschaftsinteressen mit Erfolg der Karpato-Ukraine zu, deren autonome Landesregierung einer von Hitlers Sonderbeauftragtem für Erdölforschungen, Wilhelm Keppler, gegründeten Gesellschaft die gesamte Rohstoff-Forschung in der Karpato-Ukraine überließ^{8a}. Auch im westlichen Ausland begannen in dieser Zeit zahlreiche Kombinationen über deutsche Ukraine-Pläne zu kursieren. — Der stellvertretende polnische Außenminister Arciszewski nahm Himmlers Besuch in Polen im Februar 1939 zum Anlaß, um die Sprache hierauf zu bringen (18. 2. 1939). Er entlockte dem Reichsführer-SS das Eingeständnis, es sei möglich, daß von Wien aus den ukrainischen Nationalisten propagandistische und vielleicht auch materielle Unterstützung gegeben worden sei. Himmler versicherte aber, daß die karpato-ukrainische Frage im Zusammenhang einer Erledigung der anderen noch zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen leicht zu lösen sei⁹.

Es handelte sich bei der von deutscher Seite unterstützten, wie mir scheint bis heute noch nicht in vollem Umfange übersehbaren ukrainischen Agitation um eine von Hitler anscheinend mehr versuchsweise geduldete als zielstrebig verfolgte Aktionsrichtung. Die polnischen Befürchtungen, daß auf diesem Wege zumindest ein Druck auf Warschau ausgeübt werden sollte, waren aber durchaus begründet und müssen im Zusammenhang mit dem damaligen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen gesehen werden.

Drei Wochen nach München hatte Berlin Polen gegenüber zum ersten Mal den Vorschlag einer Rückkehr Danzigs zum Reich, der Herstellung einer exterritorialen Verbindung nach Ostpreußen und Polens Beitritt zum Anti-

⁸ Vgl. DIMK II, Dok. Nr. 588 (Telegramm des ungar. Gesandten in Warschau v. 27. 10. 1938), sowie ADAP, Serie D, Bd. V, Nr. 72 (Ber. des dt. Botschafters in Warschau v. 15. 10. 1938).

^{8a} ADAP, Serie D, Bd. IV, Nr. 146.

⁹ Photokopie der Aufzeichnung über die Unterredung aus polnischen Akten im Besitz des Vf.

kominternpakt als Voraussetzung einer „Generalbereinigung“ der deutsch-polnischen Beziehungen gemacht¹⁰, obwohl von Hitler noch zu Beginn des Jahres 1938, anlässlich des Jahrestages des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages erklärt worden war, Danzig bilde zwischen Deutschland und Polen keine Streitfrage mehr. Die freundschaftliche Art, in der zunächst Ribbentrop im Gespräch mit dem polnischen Botschafter Lipski (24. 10. 1938), dann am 5. Januar 1939 Hitler selbst in der Unterredung mit dem polnischen Außenminister Beck auf dem Obersalzberg dieses Thema eröffneten, auf das dann erneut Ribbentrop und Himmler bei ihren Besuchen in Polen im Januar und Februar 1939 zurückkamen, stärkte Beck zwar in der Überzeugung, daß keine aktuelle Gefahr im Verzuge sei, immerhin ließ sich aber die Ungeduld nicht übersehen, die aus der mehrfach wiederholten Beharrung auf diesem Vorschlag sprach. Und außer der Parallelität der nationalukrainischen Bewegung ließ auch die gleichzeitig verstärkte nationalsozialistische Betriebsamkeit in Danzig aufhorchen. Letztere vor allem bewirkte auch, nächst der beunruhigenden Tatsache des unerhörten deutschen Machtgewinns seit dem Frühjahr 1938, eine starke antideutsche Welle der polnischen öffentlichen Meinung bis in die Regierung hinein; und sie allein verhinderte schon, daß Beck den deutschen Vorschlägen näher zu treten vermochte, auch wenn sich diese, von Deutschland her gesehen, durchaus bescheiden ausnahmen. Beck räumte nur die Möglichkeit gewisser formaler Konzessionen ein, so die Ablösung der Völkerbundsgarantie durch ein deutsch-polnisches Abkommen über Danzig, lehnte aber jeden Verzicht auf bisherige essentielle polnische Rechte ab. Es spricht folglich nichts dafür, daß die polnische Außenpolitik, die ohnedies in Beck ihren dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber vertrauensvollsten Exponenten hatte, in der Danziger Frage vor den Prager Ereignissen und vor der britischen Garantie konzessionsbereit gewesen und erst später unnachgiebiger geworden sei. Der polnische Außenminister hielt im übrigen bis Prag und teilweise noch über Prag hinaus an der Meinung fest, daß das bisherige deutsch-polnische Einvernehmen an dieser Frage nicht scheitern würde¹¹. Hier liegt wohl auch der Grund dafür, daß Beck die Westmächte über die seit Oktober 1938 geführten deutsch-polnischen Gespräche betreffend Danzig bewußt nicht oder nur unzureichend ins Bild setzen ließ; offensichtlich aus der Sorge vor Indiskretionen, die eine weitere freundschaftliche Behandlung des Themas zwischen Berlin und Warschau erschweren könnten.

Waren also die von Churchill für Ostmitteleuropa ganz allgemein prophezeiten machtpolitischen Auswirkungen der durch München erlangten deutschen Hegemonialstellung im Falle Polens zunächst nicht zur Geltung gekommen, das deutsche Vorfühlen in Richtung Polen von der Regierung in Warschau eher unter- als überschätzt worden, so zeichneten sich die Konsequenzen anderswo schneller ab.

¹⁰ ADAP, Serie D, Bd. V, Nr. 81.

¹¹ Dazu u. a. Gafencu, Grigore: Europas letzte Tage. Zürich 1946, S. 50.

Ehe in diesem Zusammenhang von der Tschechoslowakei selbst zu sprechen sein wird, noch ein Blick auf Rumänien. Für Budapest wie für Belgrad bedeutete das Münchener Abkommen zunächst einmal den Einsturz der Kleinen Entente, für welche Prag den Eckpfeiler gebildet hatte. In Rumänien beunruhigte aber fast mehr noch, daß die Achsenmächte im Wiener Schiedsspruch auch den ungarischen Revisionsansprüchen, wenn auch nicht in vollem Maße, Rechnung getragen hatten und daß im Gefolge dieser Ereignisse in Ungarn unter der rechtsgerichteten Regierung Béla Imrédys auch die viel weiter gehenden ungarischen Revisionsforderungen in Richtung Siebenbürgen eine starke Belebung erfuhren. Gleichzeitig verstärkte, auch von der Opposition im ungarischen Parlament mit Besorgnis registrierte pfeilkreuzlerisch-faschistische und antisemitische Propaganda, die u. a. zur Vorlage eines neuen antijüdischen Gesetzes durch die Regierung Imrédy führte¹², als Anzeichen auch weltanschaulicher Anlehnung der ungarischen Regierungspartei an die Achse Berlin-Rom, ließ die Gefahr einer Isolierung Rumäniens hervortreten. Um zu verhindern, daß sich Deutschland bei seiner Südostpolitik künftig vor allem auf Ungarn stütze, schien in Bukarest die Anbahnung eines engeren Verhältnisses zu Berlin dringend geraten¹³. Damit war allerdings für König Carol ähnlich wie für Horthy das innenpolitische Risiko einer faschistischen Unterwanderung verbunden. Es stand in Rumänien namentlich zu befürchten, daß die stark angewachsene halbfaschistische Legionärsbewegung der Eisernen Garde, der sich die autoritäre Regierung Carols schon vor Monaten durch Verhaftung ihrer prominentesten Führer auf gewaltsame Weise zu erwehren versucht hatte, neuen Auftrieb erhalten würde, zumal ein Teil ihrer Führer in Deutschland Unterschlupf gefunden hatte.

Der Einleitung eines engeren Kontakts mit Deutschland diente der Besuch, den Carol Hitler am 24. November 1938 auf dem Obersalzberg abstattete. Carol versprach dabei vor allem eine über den schon günstigen Stand des deutsch-rumänischen Außenhandels hinausgehende, den deutschen Interessen vor allem an rumänischem Erdöl und Agrarprodukten entgegenkommende Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Die konkreten Wirtschaftsverhandlungen über einen dementsprechenden Vertrag, der dem Großdeutschen Reich eine monopolartige Vorzugsstellung als Handelspartner und eine starke Ausrichtung der rumänischen Produktion nach deutschen Bedürfnissen bringen sollte, begannen in Bukarest erst am 10. März 1939. Zu der Hinauszögerung kam es nicht zuletzt deshalb, weil Carol kurz nach dem Besuch bei Hitler eine Reihe von gefangenen Legionärsführern, darunter den Kapitän der Garde, Corneliu Codreanu, der bei der nationalsozialistischen Bewegung in hohem Ansehen stand, im Gefängnis von Jilava hatte ermorden lassen (30. 11. 1938), was auch die Beziehungen zu Berlin vorübergehend belastete.

Während die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen noch im

¹² The Secret Papers of Admiral Horthy sowie Macartney.

¹³ Vgl. dazu ADAP, Serie D, Bd. V, Nr. 227, 228, 231, 234, 239 u. a.

Gänge waren, besetzten am 15. März 1939 deutsche Truppen Böhmen und Mähren. Die Nachricht verursachte in Bukarest einen starken Schock und drohte die wegen der hohen deutschen Forderungen an sich schon schwierigen Wirtschaftsverhandlungen zum Scheitern zu bringen. Hier lag die Quelle der alarmierenden Nachrichten, die der rumänische Gesandte Tilea am 17. März 1939 in London über ein bevorstehendes deutsches Ultimatum und die Bedrohung der rumänischen Souveränität durch Deutschland verlauten ließ, eine Meldung, die allerdings in dieser Form falsch bzw. stark übertrieben war und schon zwei Tage später von Bukarest offiziell dementiert wurde¹⁴. Tileas falscher Alarm bildete nichtsdestoweniger den letzten Anstoß, um das Foreign Office aus seiner nach den Ereignissen von Prag und Preßburg zunächst noch eingenommenen Beschwichtigungs-Haltung aufzurütteln und eine, bald auch von anderen Erwägungen bestimmte, veränderte Lagebeurteilung und die eilige Suche nach wirksamen außenpolitischen Vorkehrungen und Vorsichtsmaßnahmen einzuleiten.

Ehe wir uns dem zuwenden, haben wir jedoch die Entwicklung des deutschen Verhältnisses zur Tschechoslowakei selbst zu verfolgen. Hitler hatte, wie bekannt, das Münchener Abkommen nur als „halbe Lösung“ der tschechischen Frage empfunden und sich anscheinend von vornherein mit dem Gedanken getragen, bei sich bietender Gelegenheit doch noch eine gewaltsame „Erledigung der Resttschechei“ vorzunehmen. Die Wehrmacht erhielt schon am 21. Oktober Weisung, auf diese Eventualität jederzeit vorbereitet zu sein. Dabei handelte es sich jedoch noch nicht um einen absolut definitiven Entschluß Hitlers. Am 13./14. Oktober war der neue tschechische Außenminister Chvalkovský von Ribbentrop und Hitler empfangen worden, hatte, um für sein Land „zu retten, was noch zu retten war“, eine politische Wendung um 180 Grad sowie engste Anlehnung an Deutschland gelobt und darum gebeten, der neuen Regierung eine „Bewährungsfrist“ zu geben. Prag bewies aber auch, wie der deutsche Geschäftsträger Andor Hencke im November/Dezember selbst einräumte, durch Taten, daß es, um wenigstens die formale Souveränität zu erhalten, zu weitestgehender außenpolitischer Unterwerfung, so z. B. zu der von Berlin geforderten Reduzierung seiner Streitkräfte, ja selbst zu einer ideologisch-innenpolitischen und nicht zuletzt zu wirtschaftlicher Unterordnung unter das Reich bereit war. Unter diesem Gesichtspunkt mußte eigentlich jede Gewaltaktion unnötig erscheinen. Selbst das Versprechen der Garantie der neuen tschechischen Grenzen durch die Unterzeichner des Münchener Abkommens, dessen Einlösung Hitler von Anfang an wegen des multilateralen Charakters einer solchen Garantie ebenso zum Einschlafen zu bringen trachtete, wie die internationale Botschafterkonferenz zur Regelung der neuen Grenzen¹⁵, brauchte Berlin nicht sonderlich ernst zu nehmen, zeigte es sich doch bald, daß die Westmächte, insbeson-

¹⁴ Documents on British Foreign Policy 1919—1939. Third Series (künftig zit. als DBFP). Bd. IV, Nr. 399.

¹⁵ ADAP, Serie D, Bd. IV, Nr. 162, Weisung Ribbentrops v. 2. 2. 1939.

dere England, sich mit der Tatsache der deutschen Hegemonie über Prag im wesentlichen abgefunden hatten und wenig Eifer bekundeten, die Garantie eines Staatsgebildes zu übernehmen, das von deutschem Gebiet fast ganz umschlossen war.

Ende November 1938 arbeitete das Auswärtige Amt den Entwurf eines deutsch-tschechischen Freundschaftsvertrages aus, der davon ausging, daß an die Stelle der versprochenen Vier-Mächte-Garantie ein bilaterales Abkommen zwischen Berlin und Prag treten solle¹⁶. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sich die Tschechen damit hätten abfinden müssen und die Westmächte und Italien hierzu ihr Einverständnis gegeben hätten, wenn es — wie es Ribbentrop noch vor Weihnachten 1938 vorhatte — darüber zu Verhandlungen gekommen wäre. Das hätte allerdings bedeutet, daß der Gedanke einer gewaltsamen Erledigung der Rest-Tschechoslowakei — jedenfalls auf absehbare Zeit — hätte fallen gelassen werden müssen. Es ist deshalb besonders bemerkenswert, daß Hitler in der zweiten Dezemberhälfte die bereits angebahnten Erörterungen und Gespräche zum Abschluß eines solchen Vertrages stoppen ließ, weil er offensichtlich andere Entwicklungen abwarten wollte. Der deswegen mit Recht beunruhigte tschechische Außenminister suchte im Dezember vergeblich um eine Audienz in Berlin nach. Schließlich wurde er am 21. Januar von Hitler und Ribbentrop empfangen, wobei er reichlich unqualifizierte Beschwerden über das Wiederaufleben des sogenannten „Beneš-Geistes“, weit übertriebene Klagen über Drangsalierungen der noch in Böhmen und Mähren ansässigen Volksdeutschen, gemischt mit unüberhörbaren Drohungen zu hören bekam.

Nachdem Hitler auch in seiner Rede vom 30. Januar 1939 seinen Willen hatte erkennen lassen, die weitere Gestaltung der Dinge im Osten ohne Rücksicht auf die Westmächte nach eigenem Gutdünken vorzunehmen, empfing er am 12. Februar den Führer des radikalen Flügels der slowakischen Autonomisten Prof. Tuka in Begleitung des deutschen Volksgruppenführers Karmasin und machte deutlich, daß er eine slowakische Sezession begrüße und erwarte, andernfalls müsse er die Slowakei den Ungarn opfern, wenn es zur Auflösung der Resttschechoslowakei käme. Der Entschluß Hitlers zur baldigen Aktion gegen Prag war jetzt offensichtlich gefaßt. Hitler überschätzte allerdings die Stärke des slowakischen Willens zur völligen Selbständigkeit. Bis kurz vor dem 15. März blieb unentschieden, ob der Einmarsch primär mit einer slowakischen Selbständigkeitserklärung oder — nach bewährtem Muster — mit Gravamina der Volksdeutschen motiviert werden sollte. Selbst nachdem es am 9./10. März zu der mit deutscher Hilfe provozierten Auseinandersetzung zwischen Prag und Preßburg und zur Absetzung der slowakischen Autonomieregierung Tiso durch die Prager Zentralregierung gekommen war, bedurfte es noch äußersten Drucks vermittels der nach Preßburg entsandten deutschen Emissäre (Seyß-Inquart, Bürckel, Veessenmayer, Kepp-

¹⁶ Ebenda, Nr. 137, Anm. 3 und Nr. 150, Anm. 3. — Ferner Rönnefarth, Helmut K. G.: Die Sudetenkrise in der Internationalen Politik. Wiesbaden 1961, S. 714.

ler u. a.), um Tiso am 13. März zu Hitler zu bringen und den slowakischen Landtag am folgenden Tag zu der von Berlin gewünschten Unabhängigkeitserklärung zu bewegen¹⁷.

Nach dieser Skizze der Entwicklung zwischen Prag und München und ehe wir zum eigentlichen Thema kommen, ist eine Zwischenbilanz zu ziehen und eine Antwort auf die Frage nach den beherrschenden Motiven und Antrieben Hitlers in der Phase zwischen München und Prag zu versuchen. Die militärische Besetzung der Rest-Tschechoslowakei stand, wie gesagt, nach München von vornherein auf dem Katalog der möglichen weiteren Absichten Hitlers. Hitler hat sich aber anscheinend erst im Januar oder Anfang Februar auf diesen Handstreich festgelegt und ihm auch zeitlich den Vorrang vor anderen gleichzeitig ventilierten Aktionen gegeben, die nun zunächst vertagt wurden bzw. über den Umweg Prag später erneut angegangen werden sollten.

In diesem Zusammenhang scheint mir die Beurteilung der damaligen Ziele Hitlers durch Georg Dertinger, einem der besteingeweihten deutschen Journalisten, nach Hitlers Geheimrede vor der Presse am 10. November 1938 besonders bemerkenswert. Dertinger notierte damals unter dem Eindruck der sehr offenen Ausführungen Hitlers¹⁸: „Der Anspruch auf Beherrschung des dem deutschen Volk zugewiesenen Raumes im Osten“ trete jetzt klar hervor. — Und er fuhr fort: „über die Methodik zur Verwirklichung dieser Ziele brachte die Unterhaltung keine Auskunft. Man darf annehmen, daß es keine festliegende Speisekarte gibt, deren erste Gänge Österreich und die Tschechoslowakei waren und auf der nach festliegender Reihenfolge noch andere Gerichte stehen, vielmehr darf man annehmen, daß nur die räumliche Tendenz als solche festliegt, und die Methodik darauf aufbaut, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, also vor allem bei jeder irgendwie gearteten internationalen Krise oder Schwächeerscheinung im Bereich anderer Staaten auf diese oder jene Weise dem Endziel näherzukommen.“

Die grundsätzliche Fixierung der nach Osten zielenden Expansionsabsichten Hitlers, bei Austauschbarkeit der Nahziele und Schwerpunkte, war hier treffend erkannt. Für die Situation zwischen München und Prag bestand dabei wohl vor allem ein Zusammenhang zwischen den auf Polen gesetzten Erwartungen einerseits und dem Gedanken weiteren aktiven Vorgehens gegen die Rest-Tschechoslowakei andererseits.

Zwischen Oktober 1938 und dem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Beck am 5. Januar 1939 stand der Eventualfall „Erledigung der Rest-Tschechoslowakei“ offensichtlich noch nicht unbedingt an der Spitze der Hitlerschen Dringlichkeits-Skala, sonst wäre es kaum überhaupt zum Entwurf eines langfristigen deutsch-tschechischen Vertrages gekommen. Hitlers Augenmerk scheint damals vor allem auf die Möglichkeiten zur Formierung einer weitreichenden, gegen die Sowjetunion gerichteten Aggressionsfront

¹⁷ Vgl. dazu im einzelnen Jörg K. Hoensch.

¹⁸ Vgl. Booms, Hans: Der Ursprung des 2. Weltkrieges — Revision oder Expansion? Gesch. in Wiss. u. Unterricht. H. 6 (1965) 341.

im Osten gerichtet gewesen zu sein, wozu er vor allem Polen veranlassen mußte, die bisherige Politik doppelter Absicherung gegenüber Deutschland und Rußland aufzugeben, und eindeutig und aktiv auf die Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion zu treten. Die verlangte Hergabe Danzigs hatte in diesem Konzept mehr die Funktion eines Tests. Es liegt auf der Hand, daß die Karpato-Ukraine als Glacis für eine solche Aktionsrichtung, die sich möglichst auch auf Ungarn stützen sollte¹⁹, besondere Bedeutung haben mußte. Tatsächlich fiel auch der Höhepunkt der von deutscher Seite unterstützten ukrainischen Aktivität in die Zeit vom November 1938 bis Januar 1939, als Hitler auch von den Polen ein Eingehen auf seine Vorschläge durchaus noch erwartet zu haben scheint. Damit stimmt auch überein, daß damals von Berlin und Königsberg aus die Aktivität der Memeldeutschen gebremst wurde, um Polen nicht zu brüskieren und — womöglich — die Tür für den schon auf die zwanziger Jahre zurückgehenden und im März 1938 anlässlich des polnisch-litauischen Grenzkonflikts aufgegriffenen Plan eines deutsch-polnischen Kompensationsgeschäftes auf Kosten Litauens offen zu halten. Auch Gauleiter Forster in Danzig erhielt damals Weisungen, die Danziger SA und NSDAP stärker im Zaum zu halten und jeden Konflikt mit Polen zu vermeiden. Nachdem aber das Gespräch mit Beck am 5. Januar verdeutlicht hatte, daß Polen zumindest nicht in Kürze, wenn überhaupt dazu gebracht werden konnte, die ihm zgedachte Rolle zu spielen, entstand für Hitler ein neuer Prioritäten-Katalog der Ostpolitik. Für weitreichende Pläne einer aktiven antisowjetischen Expansionspolitik mit Hilfe Polens und Ungarns war der Weg durch Polens Haltung zunächst versperrt. Umso mehr Gewicht erhielt für Hitler die bisher zurückgehaltene Alternative: einer Ausdehnung des deutschen Einflusses in den nach Osten vorgeschobenen Flankenpositionen nördlich und südlich Polens, im Memelgebiet und in der Slowakei. Der Plan der Erledigung der Resttschechoslowakei erhielt, auch aufgrund der Ansatzpunkte, die sich in der Slowakei ergeben hatten, unter diesen Umständen neue Dringlichkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, von der slowakischen Südflanke her künftig stärkeren Druck auf Polen ausüben zu können, während die Karpato-Ukraine in eben dem Maße an Bedeutung verlor; sie wurde am 15. März den Ungarn überlassen. Umso zügiger begann man in Berlin seit dem Februar 1939 ohne weitere Rücksicht auf Polen den Anschluß des Memelgebietes in die Wege zu leiten. Sieben Tage nach Prag unterzeichnete die litauische Regierung unter ultimativem Druck einen entsprechenden Vertrag; und zur gleichen Zeit wurden in Danzig die Vorbereitungen für eine handstreichartige Annexion intensiviert.

So haftet der Aktion gegen Prag, von Hitler aus gesehen, beinahe etwas von einer Zwangshandlung an, einer Flucht nach vorn in eine an sich gar

¹⁹ Vgl. dazu die beziehungsreichen Andeutungen Hitlers in seiner Unterredung mit dem ungarischen Außenminister Graf Csáky am 16. 1. 1939; ADAP, Serie D, Bd. V, Nr. 272.

nicht nötige Aktion, weil andere Vorstellungen sich nicht in der gewünschten Weise hatten verwirklichen lassen. Hitlers ungeduldiger Drang, weitere vollendete Tatsachen der deutschen Suprematie im Osten durchzusetzen, hatte aber noch einen anderen Aspekt und war noch an eine andere Adresse gerichtet: an die der Westmächte. Dafür spricht eine Reihe von Indizien. Hitler hatte München ja nicht nur als halbe Lösung, sondern in gewisser Weise als Niederlage betrachtet, und seine wütende Stimmung damals kaum verborgen. Der Grund für diese so abwegig erscheinende Reaktion lag darin, daß ihm der Erfolg durch einen internationalen Konferenztisch, nicht wie bei der Besetzung des Rheinlandes durch selbständige Aktion und vollzogene Tatsache, beschert worden war. Deshalb auch die Entschlossenheit, keinesfalls die in München versprochene Viermächtegarantie der Rest-Tschechoslowakei wirksam werden zu lassen. Die Tatsache, daß Franzosen und Engländer am 8. Februar 1939 in gleichlautenden Noten an den Vollzug der Garantie erinnerten, hat Hitler sicherlich nur in dem Vorsatz bestärkt, die Tschechoslowakei auf eigene Faust zu liquidieren. Es ging für Hitler nicht nur und vielleicht nicht einmal primär um das Gebiet Böhmens und Mährens, das ihm ohnehin mehr oder weniger zur Verfügung stand, sondern sehr maßgeblich um den machtpolitischen Beweis, daß er im östlichen Vorfeld Deutschlands ohne Rücksicht auf die Westmächte agieren konnte. Bezeichnend war in diesem Zusammenhang auch, daß Ribbentrop im Einvernehmen mit Hitler eine französisch-englische Demarche wegen des Memelgebietes Mitte Dezember 1938 kurzangebunden mit der Mitteilung quittierte, es handle sich hier „um eine Ostfrage Deutschlands, in welcher Frankreich und England nichts zu suchen haben“²⁰. Ähnlich ging es Hitler bei dem Handstreich gegen Prag nicht nur um eine Revision der territorialen Lösung von München, die ihm nur einen Teil der Tschechoslowakei eingebracht hatte, sondern vor allem auch um eine Revision des *Verfahrens* von München, das ihm als Rückfall in die Prozedur kollektiver europäischer Sicherheitspolitik und Konferenz-Diplomatie erschien. Dies ist der entscheidende Punkt, von dem her auch die Reaktion der Mächte auf die Aktion vom 15. März 1939 erst in ihrer vollen historischen Bedeutung erfaßt werden kann.

Freilich, die Haltung der Westmächte, besonders der englischen Regierung, ließ, so wie sie sich konkret und tatsächlich in den Tagen nach Prag äußerte und heute ersichtlich ist, zunächst das Bewußtsein der entscheidenden historischen Stunde vielfach vermissen. Anfänglich noch erstaunlich große Zurückhaltung kontrastierte mit einer nach einigen Tagen aufkommenden fast kurzschlüssigen Ungeduld, um nur um jeden Preis zu handeln, was insbesondere für die britische Politik höchst ungewöhnlich war. Vieles davon erklärt sich daraus, daß der 15. März für die in Paris und London amtierenden Regierungen ja nicht nur einen außenpolitischen Schock darstellte, sondern auch ihre eigene bisherige Politik grundsätzlich in Frage stellte und delikate innenpolitische Probleme aufwarf. Wenn am 15. März in England und Frank-

²⁰ ADAP, Serie D, Bd. V, Nr. 379.

reich schlagartig die Kritiker der Appeasementpolitik zum Ruder gekommen wären, hätte die Reaktion sicher anders ausgesehen und vielleicht auch zu wirkungsvolleren Ergebnissen geführt. So aber lagen Unsicherheit und das Schwanken zwischen Beschwichtigung und Härte, eine stark erregte, emotionale Reaktionsweise, die es an Nüchternheit und Kühle fehlen ließ, in der Natur der Sache. In ganz anderer Weise als bei Hitler bedeutete auch hier München eine Hypothek. Vor allem Chamberlain, Horace Wilson, Halifax und der französische Außenminister Bonnet, weniger vielleicht Daladier, hatten in der Appeasement-Politik vom September 1938 ja keineswegs nur einen Ausweg in Anbetracht der mangelnden englisch-französischen Rüstung gesehen, sondern an sie als an ein Programm geglaubt. So sehr sie gelegentlich zweifelten, ob das Vertrauen, das sie in die Zähmbarkeit und Saturierbarkeit Hitlers setzten, gerechtfertigt sei, so hatten sie doch, selbst nach dem enthüllenden Pogrom-Spektakel der Reichskristallnacht (10. November 1938) im Prinzip am Kurs von München festgehalten und ihn gegen die zunehmende Kritik im eigenen Lande verteidigt, beherrscht von der schönfärbenden Vorstellung, daß in München eine Politik des Konzerts der vier europäischen Hauptmächte angebahnt worden sei, die es, unbeirrt durch nebensächliche Probleme — nicht zuletzt durch weitere Pflege des Einvernehmens mit Hitler —, auszubauen galt.

An dieser zuversichtlichen Grundhaltung lag es wohl auch, daß die in den Tagen vor dem 15. März in London und Paris eintreffenden Nachrichten über bevorstehende, von Berlin unterstützte Aktionen zur Änderung des Status der Rest-Tschechoslowakei nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt wurden. Die Überraschung durch eine Blitz-Aktion, auf die es Hitler abgesehen hatte, gelang deshalb weitgehend; die britische Regierung mußte sich im Unterhaus sagen lassen, daß sie trotz ihres berühmten Nachrichtendienstes entweder keine Ahnung gehabt oder die Richtigkeit der vorliegenden Informationen nicht geglaubt habe.

Befassen wir uns jetzt ein wenig ausführlicher mit der ersten Phase der Reaktion, die — was die Westmächte betrifft — die Tage bis zum 17. März umfaßt. In diesen drei Tagen vollzog sich in England und Frankreich ein von Tag zu Tag deutlicher werdender Umschwung der öffentlichen Meinung. Sie bestimmte in diesen Tagen, so könnte man zugespitzt sagen, das Geschehen, und die Regierungen folgten diesem Umschwung durch Erklärungen, die an Schärfe zunahmen, aber noch nicht durch nennenswerte politische Beschlüsse oder Aktionen.

Am Abend des 15. 3. und am Morgen des 16. 3. waren in England die großen Zeitungen bei der Beurteilung des sensationellen Ereignisses noch fast in gleicher Weise unterschiedlicher Meinung wie bisher bei der Beurteilung Hitler-Deutschlands und der Appeasementpolitik. Die regierungsfreundlichen Blätter „Daily Mail“ und „Times“ befließigten sich noch eines beschwichtigenden Tones, das Blatt der konservativen Opposition, der „Daily Telegraph“, der liberale „News Chronicle“ und der sozialistische „Daily Herald“ reagierten scharf und mit Entrüstung. Ähnlich war die Situation in

Frankreich, wenn hier auch der Tenor von Anfang an etwas schärfer war. Am 17. März war die Lage jedoch stark verändert. Nach allem, was inzwischen bekannt geworden war, überwog selbst in der regierungsfreundlichen Presse in England und Frankreich die unzweideutige Entrüstung, man forderte politische Aktivität, kritisierte die Lauheit der eigenen Regierung, forderte, auch in der „Times“, eine umfassende Überprüfung der bisherigen Politik²¹.

Bei diesem Prozeß der Verschärfung der Pressereaktion spielten verschiedene Faktoren mit. Die volle Bedeutung und die tatsächlichen Begleitumstände des von Berlin als „Selbstauflösung“ der Tschechoslowakei bezeichneten Ereignisses waren nicht von Anfang an ersichtlich. Erst am 16. und 17. März erfuhr man, daß die Errichtung eines deutschen Protektorats in Böhmen und Mähren, also eine komplette und dauerhafte Inkorporation in das Reich, beabsichtigt war. Erst dadurch wurde voll bewußt, daß das definitive Ende der Tschechoslowakei besiegelt war, und folglich erschien auch München nun in gänzlich anderem Licht. Auch von der Ausdehnung der deutschen militärischen Besetzung auf Teile der Slowakei, die vor allem in Warschau beunruhigte, erfuhr das Ausland erst am zweiten und dritten Tag. So glaubte der polnische Außenminister am 15. März noch, durch die von ihm vollzogene sofortige Anerkennung der Slowakei und die Errichtung einer polnischen Gesandtschaft in Preßburg die Unabhängigkeit des neuen Staatsgebildes bekräftigen zu können, mußte aber schon zwei Tage später erkennen, daß die Slowakei den Status eines deutschen Schutzstaates haben würde. Vor allem aber drangen die Nachrichten über die erpresserischen Methoden, die Hitler in der Nacht zum 15. März dem tschechischen Staatspräsidenten Hacha gegenüber angewandt hatte, um dessen Unterschrift zur widerstandslosen Preisgabe seines Landes zu erhalten, erst allmählich durch.

Es ist aufschlußreich zu sehen, wie aufgrund dieser nach und nach eintreffenden Informationen selbst bei einem Manne wie dem britischen Botschafter Henderson der Ton der Berichterstattung zwischen dem 15. und 16. März umschlug. Im Gegensatz zu seiner ersten, recht zurückhaltenden Beurteilung, verbunden mit den Empfehlungen eines sehr maßvollen Protestes, lautete sein telegraphischer Kommentar gegenüber Halifax am Nachmittag des 16. 3.: „Äußerster Zynismus und Immoralität der ganzen Durchführung spotten der Beschreibung. Der Nazismus hat endgültig den Rubikon überschritten.“ Die neue Annexion, die fremdes Volkstum versklave, sei mit den bisherigen Aktionen Hitlers nicht zu vergleichen. Sie stelle ein „Unrecht“ dar, das baldige Gegenmaßnahmen verlange²².

Henderson ging damit weiter als das britische und französische Kabinett am Vortage. Chamberlain hatte am Nachmittag des 15. März im Unterhaus zwar ebenfalls betont, daß Hitler mit der neuen Aktion den Geist und Buch-

²¹ Eine gute Übersicht bieten die unveröffentlichte DNB-Press-Informationsberichte v. 15.—17. 3. 1939 (Inst. f. Zeitgesch.).

²² DBFP IV, Nr. 288.

staben des Münchener Abkommens verletzt und nunmehr zum ersten Mal ein Gebiet besetzt habe, das von einem fremden Volk bewohnt sei. Er war dabei bemüht gewesen, jeden Gedanken an geheime britische Komplizenschaft zurückzuweisen, hatte aber zugleich auch versucht, die Bedeutung dieser „Störung der internationalen Lage“ herabzumindern, indem er erklärte: „Laßt uns deswegen nicht von unserem Kurs abweichen“²³.

Im Ton energischer verhielten sich Halifax und sein französischer Kollege Bonnet, als sie am 15. März den deutschen Botschaftern, von Dirksen (London) und Graf Welczek (Paris), ihre Entrüstung über den Gewaltstreich vortrugen²⁴. Halifax ließ auch die Warnung einfließen, er könne zwar Hitlers Geschmack für blutlose Triumphe dieser Art verstehen, aber eines Tages würde Hitler sich vor einer Situation sehen, in der es nicht mehr ohne Blut abgehe. Dennoch fehlte auch den Erklärungen Halifax' der Nachdruck entschiedener Entschlossenheit. Man konnte ihnen gleichfalls entnehmen — und so geschah es in Berlin —, daß England gegen die Sache an sich wenig einzuwenden habe und nur die Methoden tadele, weil die Regierung Chamberlain dadurch gegenüber der englischen Öffentlichkeit in eine schwierige Situation gerate. Tatsächlich waren die Mittel diplomatischen Protestes, zu denen London und Paris sich zwischen 15. und 17. März in beiderseitigem Einvernehmen entschlossen, zum guten Teil für die eigene Öffentlichkeit berechnet: Man vertagte den angesagten Besuch des britischen Handelsministers Stanley in Berlin, übermittelte am 17. März formelle Protestnoten und berief anschließend den britischen und französischen Botschafter zurück, was jedoch von vornherein nur für die Dauer von 8—10 Tagen gedacht war. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht auch ein Telefon-Gespräch zwischen dem französischen Botschafter Corbin in London und dem britischen Unterstaatssekretär Cadogan vom 16. März, das diesen Demonstrationen vorausgegangen war. Corbin hatte dabei erklärt, die französische Regierung halte bestimmte Protestschritte in Berlin für nötig, weil sie sonst der Komplizenschaft verdächtigt werden würde²⁵.

Auch die berühmte, im Ton (gegenüber dem 15. März) sehr veränderte Rede, die Chamberlain am Abend des 17. März in seinem Wahlkreis Birmingham hielt, und die meist als Zeugnis der Abwendung von der Appeasementpolitik angeführt wird (sie war in der britischen Kabinettsitzung am gleichen Tag ausdrücklich verabredet worden), gehört im wesentlichen noch zu dem Komplex der vor allem für die eigene Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen. Es war nicht unbegründet, wenn sich der sowjetische Außenkommissar Litwinow am nächsten Tag auf die Frage nach dem Standpunkt des Londoner Kabinetts nicht mit dem Hinweis des britischen Botschafters auf Chamberlains Rede zufrieden gab, sondern erkennen ließ, daß er diese Rede

²³ Nach DNB-Bericht v. 15. 3. 1939.

²⁴ Vgl. DBFP IV, Nr. 279 und Monnet, Georges: Vor der Katastrophe. Erinnerungen des französischen Außenministers 1938—1939. Köln 1951, S. 184.

²⁵ DBFP IV, Nr. 412.

als „für den inneren Verbrauch“ bestimmt betrachtete²⁶. Dennoch wäre es abwegig, Chamberlain bewußte Augenwischerei zu unterstellen. Die oft zitierten Kernsätze seiner Rede enthielten ja gar keine Ankündigung britischer Gegenmaßnahmen, sondern bestanden aus quälenden Fragen: Is this the end of an old adventure, or is it the beginning of a new? Is it the last attack upon a small state, or is it to be followed by others? Is this in fact a step in the direction of an attempt to dominate the world by force?²⁷“

Diese Fragen drückten aus, daß auch die Regierungen in London und Paris unter dem Einfluß der anhaltenden öffentlichen Entrüstung, die sich bald durch ihre Einheitlichkeit von der Situation zur Zeit von München deutlich unterschied, sich auf dem Wege zu einer neuen Lagebeurteilung befanden. Chamberlain hatte am 17. März offensichtlich schon die Zuversicht verloren, daß — wie er zwei Tage vorher noch erklärt hatte — der bisherige Kurs fortgesetzt werden könne. Daß der britische Premier in Birmingham seine wirksamsten Sätze in Form von Fragen stellte, bezeugt aber noch etwas anderes: die starke Ratlosigkeit, die in dem Maße in London und Paris einsetzte, als man sich der Brüchigkeit und des Scheiterns der bisherigen Appeasement-Politik bewußt wurde. Ratlosigkeit vor allem auch deshalb, weil gerade die Passivität, mit der man bisher, vor allem auch nach München, der Ausdehnung des deutschen Einflusses und machtpolitischen Sogs in Osteuropa zugesehen und durch die man Hitler sowie den ostmitteleuropäischen Staaten Anlaß zu der Meinung gegeben hatte, daß die Westmächte Deutschland tatsächlich freie Hand im Osten eingeräumt hätten, es nun äußerst schwierig machen mußte, in diesem Raum noch einen stabilen Abwehrwillen und eine wirksame Abwehrfront zu bilden.

So war auch der Gedanke von vornherein illusorisch, daß die Westmächte aufgrund des Garantieverprechens von München etwa versuchen könnten unmittelbar einzugreifen, um die vollendete Tatsache der deutschen Annexion Böhmens und Mährens rückgängig zu machen. Daß ein solcher Versuch machtpolitisch aussichtslos sein müsse, gestand selbst die Opposition in Frankreich und England ein. Churchill hatte schon am 14. März anlässlich der Meldungen über eine bevorstehende deutsche Aktion öffentlich erklärt: „Es scheint mir sicher, daß wir nicht eingreifen werden. Dafür ist es zu spät. Die Tschechen haben ihren Festungsgürtel ausgeliefert . . . Sie sind schutzlos . . . Sie sind von allen Seiten eingeschlossen . . . Sie müssen allen, selbst den grausamsten Befehlen gehorchen . . . Es ist zwecklos, ihnen heute zu Hilfe zu kommen, da sie unbewaffnet sind, wenn wir ihnen nicht helfen wollten, als sie stark waren. Deshalb stimme ich völlig mit denen überein, die da der Meinung sind, wir sollten jetzt nicht intervenieren. Wir können es nicht. Das ist alles²⁸.“

Schon am 15. März erklärten London und Paris ausdrücklich, daß das Ga-

²⁶ Ebenda, Nr. 403.

²⁷ DBFP IV, Nr. 306.

²⁸ Churchill: Reden 1938—40, S. 125 f.

rantieversprechen von München bisher nicht wirksam geworden und infolge der deutschen Aktion endgültig hinfällig sei. Man beschränkte sich auf die Nichtanerkennung der neuen Tatsache. England, Frankreich und die USA, bis zum September 1939 auch die Sowjetunion, nahmen keine diplomatischen Beziehungen zur Slowakei auf, während Polen aus den erwähnten Gründen, aber auch Ungarn, Rumänien sowie Italien den neuen Staat anerkannten. Eine Folge der westlichen Nichtanerkennungspolitik war übrigens, daß Beneš im April 1939 in den USA den tschechoslowakischen Nationalrat als Vorläufer der Exilregierung ins Leben rufen konnte. Es bahnte sich hiermit schon der dann im Krieg ausgesprochene offizielle Widerruf der Gültigkeit des Münchener Abkommens an. Der französische Botschafter Coulondre hatte schon am 19. März 1939 in einem zusammenfassenden Bericht über die Folgen von Prag erklärt: „Die Münchener Verträge haben aufgehört, zu bestehen“²⁹.

Je mehr die Westmächte im Lichte von Prag die Illusionen ihrer Politik von München erkannten, einer Politik, die ja nicht nur die Tschechoslowakei aufgeopfert, sondern auch die Kleine Entente und das System der französischen Bündnisverträge in Osteuropa entwertet und Hitler eine fast perfekte Hegemonialstellung eingeräumt hatte, um so mehr kam ein mitunter fast panikartiges Bestreben zur Geltung, diese Fehler wieder gut zu machen, den schleichenden Prozeß zunehmender Erbötigkeit, Willfährigkeit und Abhängigkeit, der in Ostmitteleuropa Hitler gegenüber im Gange war, zu stoppen und das außenpolitische Kapital, das sich in dieser Hinsicht noch bot, jetzt schleunigst zu nutzen. Hiermit beginnt die zweite Phase der westlichen Reaktion auf Prag, das aktive außenpolitische Bemühen zur Schaffung einer neuen Sicherheitsorganisation.

Den Ausgangspunkt bildete die schon erwähnte alarmierende Meldung über ein deutsches Ultimatum an Rumänien, die der rumänische Gesandte Tilea am Nachmittag des 17. September im Foreign Office sowohl Halifax wie dem Unterstaatssekretär Cadogan vortrug und noch am gleichen Tage auch in die britische Presse lancierte. Die Rührigkeit, die Tilea schon seit dem 15. März mit seinen z. T. in privater Form geäußerten Meinungen und Empfehlungen im Foreign Office entfaltet hatte, und die von der sehr viel ruhigeren anderweitigen Berichterstattung aus Bukarest abstach, tritt aus den Akten auffällig hervor. Sei es, daß Tilea sich selbst von zweifelhaften Informationen hatte leiten lassen, oder daß er bewußt übertrieb. Jedenfalls trieb es ihn, London zur Aktivität zu veranlassen. Daher kann auch ein gewisses Zusammenspiel Tileas mit Gruppen des Foreign Office und der Londoner Presse, die ebenfalls daran interessiert waren, Halifax und Chamberlain aus ihrer bisherigen Unentschlossenheit zu reißen, vermutet werden. Die von Hoggan gegebene Darstellung dieser Affäre³⁰ ist nichtsdestoweniger in einer Reihe von Einzelheiten nachweislich falsch, und seine Hauptthese,

²⁹ Gelbbuch der Französischen Regierung. Diplomatische Urkunden 1938—1939. Basel 1940, S. 109.

³⁰ Hoggan, David L.: Der erzwungene Krieg. Tübingen 1961, S. 400 ff.

daß Halifax sich die Tilea-Meldung selbst bestellt habe, ist frei erfunden. Die Akten bezeugen das Gegenteil. Da auch Daladier und der französische Generalstabschef Gamelin schon am Vortage die Befürchtung ausgesprochen hatten, Ungarn und Rumänien würden vermutlich die nächsten Opfer Hitlers sein, außerdem in diesen Tagen infolge der ungarischen Besetzung der Karpato-Ukraine eine starke rumänisch-ungarische Spannung, begleitet von Teilmobilisationen an der Grenze, entstand, fiel Tileas Alarm auf vorbereiteten Boden. Noch am Abend des 17. März sandte Halifax eine Serie von Telegrammen an die britischen Missionen in Frankreich, Moskau, Warschau, Bukarest und den Staaten der Balkan-Entente (Jugoslawien, Griechenland, Türkei), worin er um eilige Rücksprache bei den betreffenden Regierungen ersuchte, um zu erfahren, wie sie sich zu einer Bedrohung Rumäniens durch Deutschland stellen würden. Da sich die Unrichtigkeit des von Tilea geschlagenen Alarms schon in den folgenden beiden Tagen herausstellte, wurde diese überstürzte Anfrage, die zwei Tage später von Halifax selbst aufgehoben bzw. modifiziert wurde, sehr bald gegenstandslos; sie hatte aber doch eines bewirkt: der Gedanke einer Sicherheitsorganisation zur Abschreckung Hitlers war diplomatisch ins Spiel gebracht worden. Die Zwischenantworten, die am 18. und 19. März aus Polen und den Südoststaaten eintrafen, zeigten überdies durch ihre große Zurückhaltung ziemlich übereinstimmend, daß diese Staaten im Vorfeld der deutschen Hegemonie, um den Zorn Hitlers nicht auf sich zu ziehen, sehr wenig geneigt waren, sich an solchen Kombinationen zu beteiligen, und schon gar nicht, wenn England und Frankreich nicht mit eindeutigen Hilfsversprechen vorangingen.

Mochte also betreffend Rumänien auch kein aktueller Anlaß zur Panik bestehen, so wurde doch nach diesen Erfahrungen das Bedürfnis nach einer raschen Sicherheitsgarantie, die geeignet gewesen wäre, Hitler Halt zu gebieten, in den folgenden Tagen in London und Paris nicht geringer, sondern eher größer, zumal der allgemeine Eindruck vorherrschte, daß in Kürze mit weiteren Aktionen Hitlers zu rechnen sei, und zahlreiche diesbezügliche Informationen und Gerüchte kursierten. Auch blieb der Grundgedanke maßgeblich, daß eine solche Haltelinie von Polen über Rumänien zu den Staaten der Balkan-Entente führen müsse, da der schon bestehende polnisch-rumänische Vertrag von 1931 und der Balkanpakt von 1934 als Kristallisationspunkt hierfür am besten geeignet schienen, außerdem geographisch-strategische Gründe für eine solche Kombination sprachen. Der konservative britische Abgeordnete Robert Boothby sprach im wesentlichen nur die Überlegungen des Foreign Office aus, wenn er am 19. März im „Daily Telegraph“ schrieb: „Alle moralischen, politischen und strategischen Überlegungen deuten auf die Linie Polen-Rumänien-Balkan-Entente. Diese Länder sollten wir sofort zu einem Verteidigungsbündnis zusammenschließen, das die volle Unterstützung Frankreichs, Rußlands und unserer selbst haben würde. Wenn wir das nicht erreichen, ist der Augenblick in der Tat sehr düster“³¹.

³¹ Zit. nach Boothby, Robert: Europa vor der Entscheidung. Düsseldorf 1951, S. 251.

Am gleichen Tage (19. 3.) besprach Halifax mit dem sowjetischen Botschafter Maiski die Haltung der UdSSR. Zorn und Mißtrauen, welche Moskau den Westmächten entgegenbrachten, seit diese mit Hitler das Abkommen von München geschlossen und unter Ausschluß der Sowjetunion ihre Politik eines Konzerts der vier Großmächte verfolgt hatten, waren erst jüngst in Stalins Rede vom 10. März 1939 in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Sie lösten sich auch nach Prag nicht auf. Eine gewisse Beruhigung bedeutete es für Moskau, daß die Karpato-Ukraine jetzt an Ungarn fiel. Wohl deswegen auch fiel die Note, mit der die UdSSR am 19. März gegen die deutsche Besetzung Böhmens und Mährens protestierte, im Ton fast milder aus als die der Westmächte. Dennoch bestand jetzt für den sowjetischen Außenminister Litwinow die Chance, Rußland doch noch an den europäischen Konferenztisch zurückzubringen und — falls die Appeasement-Politik der Westmächte tatsächlich aufgegeben war — eine neue Kooperation zur Eindämmung Hitlers herzustellen. Litwinow beantwortete deshalb die britische Anfrage wegen Rumänien mit dem Vorschlag einer sofortigen Konferenz Englands, Frankreichs, Rußlands, Polens, Rumäniens und der Türkei in Bukarest, um zum Abschluß eines multilateralen Sicherheitspaktes zu gelangen. Halifax lehnte den Vorschlag einer solchen Sechs-Mächte-Konferenz am 19. März höflich ab, da die britische Regierung den Erfolg und die Zweckmäßigkeit dieser Prozedur bezweifelte. Am 21. März veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur Tass sowohl den sowjetischen Vorschlag der Sechs-Mächte-Konferenz wie die britische Ablehnung. Letztere hat sicherlich zu der Ablösung Litwinows durch Molotow und der damit beschleunigten Wendung der sowjetischen Außenpolitik erheblich beigetragen. Da die britische und französische Regierung aus vielerlei Gründen nur zögernd an die Einbeziehung der Sowjetunion in die geplante Sicherheitspolitik herangingen, vermochte die Wendung ihrer eigenen Politik seit dem 15. März — nur dies soll in unserem Zusammenhang festgehalten werden — die letztlich durch München begründete und seitdem im Gang befindliche Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik nicht aufzuhalten.

Einen Unsicherheitsfaktor bildete nach Prag auch die Haltung Italiens. England und Frankreich fürchteten einerseits, Mussolini würde versuchen, die Krise für sich auszunutzen, sei es in Nordafrika gegen Frankreich oder in Albanien. Andererseits konnte die Verstimmung Mussolinis darüber, daß auch seine in München gegebene Unterschrift von Hitler mißachtet worden war, vielleicht den Westmächten zugute kommen. Am 20. März schrieb Chamberlain einen Brief an Mussolini, der in diesem Sinne sowohl Warnung als auch Einladung sein sollte. Der Duce ging aber nicht darauf ein. Tatsächlich war Mussolini durch Hitlers Handstreich gegen Prag ebenso vor eine vollendete Tatsache gestellt worden wie die anderen Mächte und deshalb zunächst stark aufgebracht. Mißtrauen und Eifersucht gegenüber dem erfolgreicheren und unbedenklicheren Achsenpartner spielten dabei wesentlich mit. Ciano berichtet, der Duce habe einige Tage lang ernstlich erwo-

ob er die Achsenpolitik überhaupt fortsetzen solle³². Tatsächlich zog Mussolini auch einige Konsequenzen. So drängte er nach Prag auf eine klare Scheidung zwischen deutscher und italienischer Einflußzone. Das galt sowohl für Südtirol, wo in den folgenden Wochen und Monaten die Umsiedlung der Deutschen vereinbart wurde, wie für Jugoslawien, wo sich — namentlich im kroatischen Landesteil — deutsch-österreichische und italienische Interessen und Traditionen im Zusammenhang mit dem kroatischen Autonomie-Verlangen kreuzten. Hitler gelang es jedoch schon am 25. März, den Duce durch einen überschwenglichen Brief zu besänftigen. Einige Wochen später, am 12. April 1939, zeigte der Diktator Italiens mit dem Einfall in Albanien, daß er trotz der britischen Warnung gewillt war, auf seine Weise Hitlers Vorsprung einzuholen. In den Augen der Westmächte und der überwiegenden Weltöffentlichkeit stellte sich Mussolini damit demonstrativ an die Seite Hitlers. Beiden Diktatoren galt deshalb auch die Warnung und Aufforderung zur 10-jährigen Garantie der europäischen Staaten, die der amerikanische Präsident Roosevelt zwei Tage nach dem Albanien-Unternehmen ergehen ließ.

Diese Aktion Washingtons, die Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April hochmütig zurückwies, zeigte, daß die USA seit München an der europäischen Außenpolitik stärkeren Anteil zu nehmen begannen. In Amerika, dem Haupt-Aufnahmeland für jüdische Emigranten und politische Flüchtlinge aus Deutschland, hatte schon der gelenkte Judenpogrom vom November 1938 einen starken Stimmungsumschwung bewirkt. Aus Protest gegen die Aktion hatte Washington seinen Berliner Botschafter zurückgezogen. Es entsprach deshalb dieser Reaktion, wenn sowohl die öffentliche Meinung in den USA als auch das State Department nach Prag zur Entschiedenheit gegen Hitler rieten und auch durch den amerikanischen Botschafter Kennedy in London der Politik der Festigkeit den Rücken zu stärken suchten. Als zusätzlicher Faktor, neben dem der öffentlichen Meinung in England selbst, hat dies, namentlich in den Tagen zwischen dem 15. und 17. März, zum damaligen Umschwung der britischen Politik sicherlich beigetragen. Chamberlains Birmingham-Rede wurde vom amerikanischen Rundfunk übertragen und durch eine gleichzeitige Erklärung unterstützt, mit der Roosevelts Secretary of State die deutsche Gewaltaktion scharf verurteilte (17. 3. 1939)³³. Eine darüberhinausgehende konkrete Initiative bei der in der Folgezeit von London und Paris ausgehenden Sicherheitspolitik ging aber von Washington nicht aus. Wir können deshalb die USA aus unserer weiteren Betrachtung herauslassen.

Der Umstand, daß die durch Tilea ausgelöste erste diplomatische Initiative Großbritanniens fehlgelaufen war, bzw. wenig ermutigende Resonanz gefunden hatte, verstärkte in London eher die Entschlossenheit, nun auf anderem Wege zum Ziel zu kommen. Nachdem Chamberlain die volle Überzeugung gewonnen hatte, daß er sich bei Hitler nur durch entschiedene Schritte Respekt verschaffen könne, setzte er mit der sprichwörtlichen britischen Hart-

³² Ciano, Galeazzo: Tagebücher, Eintr. v. 15.—20. 3. 1939.

³³ Text in DBFP IV, Nr. 499.

näckigkeit, die ihm eigen war³⁴, auf diesen Kurs, wobei es ihm ebenso wie Halifax in Anbetracht der explosiv scheinenden internationalen Lage vor allem auf ein schnelles Resultat ankam.

Zur gleichen Zeit, als der sowjetische Konferenz-Vorschlag gemacht wurde, hatte das britische Kabinett am 19. 3. 1939 einen Plan beschlossen, der die inzwischen gewonnene Erfahrung berücksichtigen sollte, daß die kleineren Staaten Osteuropas sich zu gegenseitigen Sicherheits-Vorkehrungen nur bereit finden würden, wenn die Großen vorangingen. Der Plan sah eine öffentliche Vier-Mächte-Erklärung durch England, Frankreich, Rußland und Polen vor. Die Vier sollten erklären, daß sie jede Aktion, die eine Bedrohung der Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates darstelle, als eine Bedrohung des allgemeinen Friedens und der allgemeinen Sicherheit in Europa betrachten und dann sofort Beratungen über Maßnahmen zum gemeinsamen Widerstand aufnehmen würden³⁵. Am 20. März wurde der Vorschlag dieser Erklärung den Regierungen in Paris, Moskau und Warschau offiziell unterbreitet. Er bildete auch das Haupt-Thema der britisch-französischen Regierungsbesprechungen, die anlässlich des Besuches des französischen Staatspräsidenten Lebrun am 21./22. März in London stattfanden.

Der Vorschlag der Vier-Mächte-Erklärung ist, obwohl es nicht zu seiner Verwirklichung kam, insofern instruktiv, als er die Zielsetzungen der damaligen britischen Politik klar aufzeigt. Wurde doch mit dem Vorschlag nur das bescheidene Ziel einer Ankündigung der Verabredung gemeinsamer Maßnahmen für den künftigen Fall einer weiteren Gewaltanwendung in Europa, nicht schon eine bindende Sicherheitsgarantie selbst angestrebt. Das vorrangige Ziel der Abschreckung läßt sich darin klar erkennen, und es erweist sich die Abwegigkeit einer Interpretation, die der britischen Politik nach Prag eine aktive Deutschfeindlichkeit und die aggressive Absicht der Einkreisung unterstellt. Halifax erläuterte seinem französischen Kollegen Bonnet am 21. März, es handle sich jetzt weniger darum, Vorkehrungen für einen bestimmten Eventualfall zu treffen, sondern es gehe ganz allgemein um die Abschreckung Hitlers vor einer Aggression, gleich ob diese sich gegen einen der osteuropäischen Staaten, gegen England, Frankreich, Holland oder die Schweiz richte. Deshalb schein die Form der allgemeinen Erklärung am geeignetsten. Ihre rasche Veröffentlichung würde ein Warnungs-Signal für Hitler sein und die von ihm eingeschüchterten kleinen Staaten Europas ermutigen³⁶.

Dieses letztere Ziel schien gerade zu diesem Zeitpunkt besonders nötig. Von Kowno und Berlin erfuhren die Vertreter der Westmächte von dem Ultimatum, das Ribbentrop dem litauischen Außenminister am 20. März wegen des Memelgebietes gestellt hatte. Es gab ferner Anzeichen, daß sich die Lage in Danzig verschärfte, und es trafen Informationen über anhaltende

³⁴ Vgl. dazu Tempelwood, Viscount: *Nine Troubled Years*. London 1954, S. 347 f.

³⁵ Text in DBFP IV, Nr. 446.

³⁶ DBFP IV, Nr. 458.

rumänische Besorgnisse ein. Bezüglich Danzigs und Memels umriß das Foreign Office seinen Standpunkt in diesen Tagen mehrfach sehr deutlich: London sei einverstanden und würde es nur begrüßen, wenn es in beiden Fragen zu einer direkten deutsch-polnischen bzw. deutsch-litauischen Einigung und Regelung käme. Sollten aber die Danziger oder Memeler Streitfragen zu einer Bedrohung der Unabhängigkeit Polens oder Litauens selbst führen, dann müsse dies als eine ernsthafte Angelegenheit der allgemeinen europäischen Sicherheit betrachtet werden.

Es zeigte sich sehr schnell, daß der Vorschlag der Vier-Mächte-Erklärung trotz seines bescheidenen Zieles nicht zu verwirklichen war. Nur Frankreich stimmte vorbehaltlos zu. Die Sowjetunion wollte erst nach Polen unterschreiben³⁷. Der wunde Punkt bestand vor allem darin, daß sowohl Polen wie die Sowjetunion zur Unterzeichnung aufgefordert waren. Während die britisch-französischen Regierungsverhandlungen noch im Gange waren, berichtete der britische Botschafter Kennard aus Warschau³⁸, daß die polnische Regierung durch den Vorschlag vor eine peinliche Entscheidung gestellt sei. Solange sie nicht überzeugt sei, daß eine wirklich aktuelle Gefahr von Deutschland her bestehe, würde sie sich kaum zu einem solchen Schritt entschließen. Beck habe äußerst ausweichend reagiert und erklärt: Durch den Beitritt zu der Sicherheitserklärung würde Polen seine bisherige Balancepolitik zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeben und sich an die Seite Moskaus stellen, was zweifellos empfindliche Reaktionen Hitlers auslösen würde. Polens Lage gegenüber Deutschland sei aber seit Prag prekärer denn je, zu der Flankenbedrohung über die Slowakei käme die besorgniserregende Entwicklung im Norden Polens. Beck argwöhnte noch am 21. März angesichts des deutschen Truppenaufmarsches in Ostpreußen, daß die deutschen Forderungen über das Memelland hinausgehen könnten. Gleichzeitig deutete er an: es würde für Polen erheblich leichter sein, sich mit England und Frankreich zu verbünden, wenn die Sowjetunion draußen bliebe. Nachdem auch gleichlautende rumänische Bedenken gegen die Beteiligung der UdSSR an einer Sicherheitserklärung vorlagen, war das am 19. März geplante Projekt schon am 22. März praktisch tot.

Chamberlain, Halifax, Bonnet und ihre Berater zogen daraus noch am gleichen Tag in London gewisse Konsequenzen, denen vor allem die folgenden Überlegungen zugrunde lagen: Als bedeutendste Ziele einer künftigen deutschen Aggression kamen nach ihrer Meinung im Osten vor allem Polen und Rumänien, im Westen vor allem Frankreich in Frage. Man fragte sich deshalb: Wie ist zu erreichen, daß Hitler von einem möglichen Vorgehen dadurch abgehalten wird, daß ihm sofort eine Koalition von Mächten gegenübersteht? Im Falle eines Angriffs auf Frankreich würde automatisch Polen, und im Falle eines Angriffs auf Polen automatisch Frankreich aufgrund des polnisch-französischen Beistandspaktes auf den Plan gerufen und Großbri-

³⁷ DBFP IV, Nr. 490 und Nr. 514.

³⁸ Telegramme vom 21. und 22. 3. 1939: DBFP IV, Nr. 465 und 478.

tannien würde sich ihnen dann anschließen. Als schwache Stelle aber erschien Rumänien, auf das Hitler als Durchgangsland zur Ukraine vielleicht besonderen Wert legen mochte, während Frankreich und England aus der Ferne nicht sofort und wirksam eingreifen könnten. Die Gefahr, daß sich hier das Schicksal der Tschechoslowakei wiederholen könne, schien der britischen und französischen Regierung deshalb besonders groß, zumal Rumänien als Bindeglied zwischen Polen und der Balkan-Entente in ihren Augen eine besondere Bedeutung hatte. Namentlich der französische Außenminister Bonnet betonte, daß es im Falle einer Bedrohung Rumäniens vor allem auf Polens Haltung ankäme. Bonnets Besorgnis, daß Beck, der im Quai d'Orsay als Abenteurer und Falschspieler galt, sich aus allen Sicherheitsverpflichtungen heraushalten wolle, um vielleicht selbst im Trüben fischen zu können, war ebenso stark wie seine Befürchtung, daß ohne eine Verpflichtung Polens die Lasten eines Krieges vor allem auf Frankreich liegen würden. Man kam deshalb überein, zunächst festzustellen, ob Rumänien gewillt sei, im Falle einer deutschen Bedrohung Widerstand zu leisten, dann — wenn nötig mit stärkstem Druck — Polen zu veranlassen, eine Verpflichtung zur Unterstützung Rumäniens einzugehen, wobei die Westmächte sich selbst verpflichten sollten, einzugreifen, wenn Polen seinerseits Rumänien Beistand gewähre.

Das Bemerkenswerteste und Folgeschwerste an diesem grundsätzlichen Entschluß war die Ausklammerung der Sowjetunion. Als sich zeigte, daß sich die ursprünglich geplante Vier-Mächte-Erklärung nicht realisieren ließ, dachte weder die englische noch die französische Regierung ernstlich daran, etwa unter Auslassung Polens eine auf London-Paris-Moskau beschränkte Drei-Mächte-Erklärung herbeizuführen, die auf Hitler sicher großen Eindruck gemacht hätte. Polen schien wichtiger als die Sowjetunion, obwohl gerade im Falle Rumäniens Rußland als unmittelbarer Nachbar mindestens ebenso wirksam hätte Beistand leisten können. Der ideologische Graben und das tief eingewurzelte Mißtrauen gegenüber den Absichten der Sowjetunion spielten im Hintergrund des Beschlusses der Westmächte unverkennbar eine Rolle. Daneben aber stand noch etwas anderes: Indem die britische und französische Regierung mit vielleicht allzu großem Verständnis sofort den Standpunkt Polens und Rumäniens übernahmen, daß eine Einbeziehung der Sowjetunion in die Sicherheitsmaßregeln unerwünscht sei, übernahmen oder teilten sie — *implicite* — auch deren unentschiedene Haltung in bezug auf Hitler. Man wollte Hitler ja nicht definitiv abstoßen, ihn nur abschrecken und gleichzeitig die Tür zum Einlenken offen lassen. Eine definitive Sicherheitsgarantie im Bunde mit der Sowjetunion aber würde diese Türe möglicherweise ganz schließen. Hitler hatte den Westmächten übel mitgespielt und sollte eine deutliche Antwort bekommen, aber man hatte doch die Hoffnung nicht völlig fahren lassen, daß es einen Weg zurück zur Zusammenarbeit mit ihm gebe. Die Appeasement-Politik lebte als Unterströmung fort³⁹.

An der Frage der Einbeziehung Sowjetrußlands in die westliche Sicher-

³⁹ Vgl. Gilbert/Gott.

heitspolitik schieden sich deshalb bezeichnenderweise in England aufs neue die Geister. Nicht nur die Labour-Partei, auch die konservative Opposition um Churchill, Eden, Duff Cooper, Boothby u. a. votierten entschieden dafür, nicht weil sie sowjetfreundlicher waren als Chamberlain, sondern weil sie Hitler anders einschätzten und nicht so sehr vor allem die Abschreckung, sondern ebenso sehr die tatsächliche wirksame Bekämpfung im Auge hatten. Ähnliche Differenzen bestanden in der Rüstungs- und Militärpolitik. Großbritannien hatte zwar schon nach München seine Flugzeugproduktion stark forciert und produzierte im März 1939 nahezu 600 Flugzeuge monatlich, gegenüber 250 im September 1938, während Frankreich in dieser Hinsicht weit zurück war, aber obwohl die französische Regierung und die eigene Opposition nach Prag stark darauf drängten, London möge sofort zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht schreiten, wich Chamberlain dieser Konsequenz zunächst aus. Erst am 24. April 1939 wurde eine beschränkte Wehrpflicht in England eingeführt.

Die britisch-französische Grundsatzentscheidung vom 22. März, daß es vor allem darauf ankomme, Polen in die Sicherheitsorganisation einzubeziehen, präjudizierte im Grund schon die Polengarantie vom 31. März. Dazwischen lag aber die Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen, die, gerade weil sie in London und Paris nicht in vollem Maße bekannt wurde, diesen Abschnitt der Entwicklung in ein gewisses Zwielicht gerückt und späterer Kritik besonderen Anlaß geboten hat.

Am 21. März hatte Ribbentrop im Auftrag Hitlers den polnischen Botschafter Lipski empfangen und ihm, in auffällig dringenderer Form als dies bisher geschehen war, mitgeteilt, daß der Führer nun endlich zu der vorgeschlagenen „Bereinigung“ mit Polen gelangen möchte. Es sei am besten, wenn Außenminister Beck deswegen bald nach Berlin kommen würde. Weitere Verzögerung müßte Hitler zu der Meinung bringen, daß „Polen einfach nicht wolle“⁴⁰. Das Argument Lipskis, daß die Übernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland in Warschau nur als gegen Polen gerichtet angesehen werden könne, hatte Ribbentrop mit der Andeutung beantwortet, daß sich über die Slowakei reden lasse, wenn es in den anderen Fragen zu einer Einigung komme. Zur gleichen Zeit nahm die litauische Regierung nach 5-stündiger Sitzung das deutsche Ultimatum an, und am folgenden Tag wurde die Besetzung des Memelgebietes vollzogen, ohne daß Warschau vorher offiziell von Berlin in Kenntnis gesetzt worden wäre. Einen weiteren Tag später, am 23. März, fand die Unterzeichnung des deutsch-rumänischen Wirtschaftsabkommens statt. In der polnischen Öffentlichkeit nahm die Erregung und deutschfeindliche Stimmung rapide zu. „Der Hauptgrund dafür ist“, so berichtete der deutsche Botschafter von Moltke am 24. März aus Warschau, „daß allgemein befürchtet wird, daß nunmehr Danzig und der Korridor an die Reihe kommen“⁴¹. Auch Becks Politik war zunehmenden Angriffen ausgesetzt.

⁴⁰ ADAP, Serie D, Bd. VI, Nr. 61 und Nr. 73. Polnisches Weißbuch Nr. 61.

⁴¹ ADAP, Serie D, Bd. VI, Nr. 79.

Der polnische Außenminister, der sich von Lipski persönlich berichten ließ, erkannte ohne Zweifel den neuen Ton, den Ribbentrop angeschlagen hatte, doch es hat den Anschein, daß er glaubte, ebenso gut pokern zu können. Am 23./24. März wurde in Polen mit der Einziehung von Reservisten begonnen, außerdem eine Verstärkung der polnischen Kräfte an der Grenze des Freistaats Danzig vorgenommen; in Warschau fanden Probe-Luftalarne statt⁴². Zur gleichen Zeit ließ Beck über den polnischen Botschafter in London, Graf Raczynski, die britische Regierung unterrichten, daß er (Beck) statt des Beitritts zur Viermächteerklärung ein vertrauliches bilaterales britisch-polnisches gentleman's agreement vorziehen würde, durch das Großbritannien und Polen sich verpflichteten, im Falle einer Bedrohung im Sinne dieser Erklärung zu handeln, ohne daß dies vorher nach außen bekannt würde⁴³.

Am 25. März kehrte Lipski mit Becks Instruktionen nach Berlin zurück. Es scheint, daß Hitler mit einer Ablehnung bzw. mit einer ausweichenden Antwort rechnete. Der Vorsatz, nicht nur die Annexion Danzigs, sondern die Unterwerfung Polens unter seinen Willen mit Gewalt durchzuführen, hatte, wie Hitlers Weisung an den Oberbefehlshaber des Heeres vom 25. März 1939 zeigt⁴⁴, jetzt feste Gestalt angenommen. Doch angesichts der britischen Bemühungen um eine Sicherheitsgarantie, die in Berlin nicht verborgen blieben, schien ihm der Zeitpunkt selbst für eine auf Danzig begrenzte Aktion unpassend⁴⁵. In derselben Weisung heißt es deshalb, die Danziger Frage sei nicht gewaltsam zu lösen, damit Polen nicht in die Arme Englands getrieben wird. Hitler suchte offenbar der alten Taktik zu folgen: erst eine gewisse Beruhigung der außenpolitischen Lage abzuwarten, Polen währenddessen aber weiter einzuschüchtern und über die deutschen Ziele im unklaren zu lassen⁴⁶. Um Lipski in Berlin nicht sprechen zu müssen, zog sich Hitler vorher nach dem Obersalzberg zurück und überließ das Geschäft Ribbentrop.

Die Besprechung Lipski-Ribbentrop fand am 26. März statt. Lipski überreichte die Antwort der polnischen Regierung, welche erneut auseinandersetzte, daß Polen zu gewissen formalen Änderungen und Konzessionen in Danzig und betr. den Transitverkehr durch den Korridor bereit sei, aber keiner Angliederung Danzigs an Deutschlands zustimmen könne. Das polnische Memorandum erklärte sehr bestimmt, daß eine Aktion gegen Danzig als Angriff auf Polen aufgefaßt werden würde. Ribbentrop bezeichnete die polnische Antwort als ungenügend und sehr enttäuschend; er befürchte, so ließ er durchblicken, daß daraus eine ernste Situation entstehen könne⁴⁷.

⁴² DBFP IV, Nr. 515 und 523.

⁴³ Polnisches Weißbuch, Nr. 66; DBFP IV, Nr. 518.

⁴⁴ ADAP, Serie D, Bd. VI, Nr. 99.

⁴⁵ Dafür spricht auch die Zurücknahme des ursprünglich vorgesehenen schärferen Memorandums, das Moltke vor der Rückkehr Lipskis in Warschau übermitteln sollte: ADAP, Serie D, Bd. VI, Nr. 73 und Nr. 88.

⁴⁶ Vgl. dazu auch Kennards Telegramm vom 27. 3. 1939 über das Gespräch mit v. Moltke; DBFP IV, Nr. 534.

⁴⁷ ADAP, Serie D, Bd. VI, Nr. 101. Polnisches Weißbuch Nr. 63.

Beck war offenbar gesonnen gewesen, nun seinerseits auf eine definitive Regelung der Streitfragen zu drängen. Er hatte anscheinend beabsichtigt, anlässlich seines für Anfang April in London geplanten Besuches, der schon vor Prag verabredet war, aber jetzt erheblich an Gewicht gewonnen hatte, in Berlin Station zu machen. Diplomatisch auf diese Weise gestärkt, glaubte er wohl unter Ausnutzung der für Berlin unfreundlichen außenpolitischen Lage Hitler zum Verzicht auf seine Forderungen bewegen zu können⁴⁸. So sehr Beck, aus einer verwandten Mentalität heraus, erfaßte, wie mit Hitler umzugehen sei, so überschätzte er doch bei weitem seinen und Polens Einfluß. Lipskis Unterredung mit Rippentrop bewies zwar, daß ein Besuch Becks in Berlin vorerst zwecklos sei, der polnische Außenminister blieb aber überzeugt, seine entschiedene Stellungnahme habe Hitler von Danzig zurückgehalten, zumal entsprechend den von Hitler gegebenen Weisungen die Spannung in der Freien Stadt tatsächlich abnahm⁴⁹.

In Warschau glaubte man deshalb auch, London und Paris weiterhin über die Einzelheiten der deutsch-polnischen Verhandlungen besser im unklaren lassen⁵⁰ und selbst möglichst keine verbindlichen Verpflichtungen im Rahmen der von den Westmächten angestrebten Sicherheitsorganisation eingehen zu sollen.

Diese Verdunkelungs- und Balancier-Diplomatie förderte aber das westliche Mißtrauen gegenüber Beck⁵¹ und verstärkte zugleich das Gewicht unüberprüfbarer Nachrichten und Gerüchte, in denen von bevorstehenden deutschen Aktionen gegen Danzig und Polen die Rede war und die schließlich den unmittelbaren Hintergrund für die britische Polengarantie vom 31. März bildeten.

Nach den britisch-französischen Regierungsbesprechungen hatte das Foreign Office zunächst keine sonderliche Eile an den Tag gelegt, um nach der vereinbarten Marschroute zu verfahren. Dann war Becks etwas dubioser Vorschlag des vertraulichen gentleman-agreement gekommen. Am 27. März hatte die britische Regierung entschieden, auf diesen Vorschlag nicht einzugehen, da er mit der britischen Loyalität Frankreich gegenüber nicht vereinbar war, vor allem aber der Zweck der Abschreckung durch eine solche Geheim-Abmachung nicht erreicht werden konnte. Stattdessen hatte London ein Memorandum ausgearbeitet⁵², das, an die polnische und rumänische Adresse gerichtet, beiden Staaten ein britisch-französisches Beistandsversprechen vorschlug, wenn diese bindend erklärten, daß sie im Falle einer Bedrohung ihrer Unabhängigkeit sich selbst zu verteidigen und sich gegenseitig zu unterstützen bereit seien. Am 29. März gab die französische Regierung

⁴⁸ Vgl. Telegramme Kennards vom 25. 3. 1939; DBFP IV, Nr. 523 u. 524; bemerkenswert in dieser Hinsicht auch die Aufzeichnung über die Unterredung Beck-Moltke v. 28. 3. 1939. — Polnisches Weißbuch Nr. 64.

⁴⁹ DBFP IV, Nr. 356.

⁵⁰ Bericht Kennards v. 29. 3. 1939; Ebenda Nr. 564.

⁵¹ Telegramm Halifax' an Kennard v. 29. 3. 1939; Ebenda Nr. 563.

⁵² DBFP IV, Nr. 538.

ihre Zustimmung zu dem Memorandum, das am gleichen Tage nach Warschau und Bukarest übermittelt wurde⁵³.

Am nächsten Tag aber trat für das britische Kabinett eine Situation ein, die diese Prozedur über den Haufen werfen sollte. Eine Reihe von Nachrichten über bevorstehende deutsche Aggressionsabsichten gegen Polen waren mehr oder weniger zur gleichen Zeit in London zusammengetroffen. Namentlich der Bericht eines gerade aus Deutschland ausgewiesenen Korrespondenten der „News Chronicle“, der möglicherweise auf oppositionelle deutsche Kreise zurückging, welche Hitlers geheime Weisungen an die Wehrmacht kannten, spielte eine Rolle und kam — mehr oder weniger substantiiert — auch Lord Halifax und dem britischen Kabinett zu Ohren⁵⁴. Am Vormittag des 30. März brachte daraufhin im Unterhaus der Sprecher der Labourpartei die offizielle Anfrage ein, was die Regierung im Falle einer Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit zu tun gedenke. Chamberlain — offensichtlich gewillt, mit einer starken Erklärung das Haus und die Öffentlichkeit zu befriedigen — entwarf daraufhin kurzentschlossen eine Erklärung, die nicht nur auf die im Gange befindlichen Unterhandlungen anspielte, sondern darüberhinaus feststellte, daß Großbritannien schon in der Zwischenzeit, d. h. bis zum Abschluß einer gegenseitigen Verabredung mit anderen Mächten, jeder Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegentreten werde. Der Wortlaut des Entwurfs wurde am Nachmittag im Schnellverfahren Paris und Warschau zugeleitet. Der britische Botschafter Kennard befand sich gerade in der Unterredung mit Außenminister Beck wegen der vorangegangenen Demarche, die von Polen die Verpflichtung zur Unterstützung Rumäniens verlangte, als Chamberlains Deklarations-Entwurf durchgegeben wurde. Beck begriff sogleich, daß er dadurch aller Peinlichkeit enthoben war und stimmte der einseitigen britischen Garantie, die für ihn keine zusätzliche Verpflichtung in Osteuropa bedeutete, ohne Zögern zu. Paris war ebenfalls — wenn auch höchst verwundert über das britische Vorgehen — einverstanden. So konnte Chamberlain am 31. März im Unterhaus in Beantwortung der gestellten Frage die berühmte Erklärung über die Garantie Polens abgeben.

Was als Improvisation zur Überbrückung eines Zwischenzustandes und nicht zuletzt zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in England selbst konzipiert war, erwies sich bald als das eigentliche außenpolitische Ergebnis des Kurswechsels, der sich nach Prag angebahnt hatte. Es scheint, als sei Chamberlain selbst die Tragweite der Polengarantie erst in den folgenden Tagen in vollem Umfange bewußt geworden. Churchill sprach am 3. April im Unterhaus von dem Meilenstein in der englischen Geschichte. Hatte die „Times“ zuvor noch versucht, die Bedeutung der Garantie abzuschwächen, jetzt pflichtete auch Chamberlain bei, daß dies die entscheidende Antwort Englands auf

⁵³ Ebenda Nr. 558, 559, 561.

⁵⁴ Ebenda Nr. 566, Anm. 1.

die am 15. März geschehene Herausforderung Hitlers sei⁵⁵. Man kann hinzufügen: eine Antwort, die wesentlich der Ungeduld des britischen Premiers zuzuschreiben war, mit der er, emotional aufbegehrend und improvisierend, die bisher nicht sehr erfolgreiche Routine der Diplomatie durchbrach, mit allen Fehlern, aber auch mit allen Vorzügen solcher Spontaneität verbunden.

Die britische Polengarantie vom 31. März 1939, die in den folgenden Wochen auf Rumänien, Griechenland und die Türkei ausgedehnt wurde, ist von einzelnen Zeitgenossen, noch mehr aber in jüngster Zeit in Memoiren und historischen Darstellungen mancher Kritik unterzogen worden. Diese Kritik unterstellt vor allem, die Polengarantie als ein gewiß unter fragwürdigen Begleitumständen zustandegekommenes formales Instrument der internationalen Politik habe Wirkungen und Zwangsläufigkeiten hervorgerufen, zu denen es sonst nicht gekommen wäre. Tatsächlich war diese Polengarantie aber eher von der Art des Meilensteins, ihre fragwürdigen Kautelen hätte man wieder zurückhandeln können, und man hat es weitgehend getan. Nicht zurückhandeln konnte man den grundsätzlichen politisch-moralischen Entschluß zum Widerstand gegen Gewaltanwendung, der damit gesetzt war.

⁵⁵ Poland in the British Parliament 1939—1945. Hrsg. von Waclaw Jędczejewicz (Pilsudski Institute of America). Vol. 1 (März 1939 — Aug. 1941). New York 1946.